



BEZIRKSGRUPPE

GdP-Bezirksgruppe Polizeidirektion Nord gegründet

Magdeburg. Am 12. April 2008 war es auch im nördlichen Teil Sachsens-Anhalts soweit: Die neue GdP-Bezirksgruppe Polizeidirektion Nord wurde gegründet.

Damit wurde für den Bereich der Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Nord, der größten im Land, eine einheitliche GdP-Organisationsform geschaffen, in der sich alle GdP-Mitglieder entsprechend der dienstlichen Struktur wiederfinden.

31 Mandatsdelegierte aus den Bereichen der ehemaligen Polizeidirektionen Halberstadt, Stendal und Magdeburg wählten in offener Abstimmung den Vorstand der neuen Bezirksgruppe und auch deren Vorsitzenden. In dieses Amt wurde einstimmig Michael Wiegert gewählt, der langjährige Vorsitzende der ehemaligen GdP-Bezirksgruppe Halberstadt. Zu seinen Stellvertretern wählten die Delegierten Heiner-Frank Schmidt, Heiko Krause und Jens Isensee. Jens Isensee wird außerdem als Schriftführer fungieren.

Vor den Wahlen des Bezirksgruppenvorstandes fand auf dem Delegiertentag der Bezirksgruppe eine lebhafte Aussprache über alle Probleme, Sorgen und Nöte, die die Polizeibeschäftigten bewegen, statt. Zur Situation der Polizei im Land und in der Polizeidirektion Sach-

sen-Anhalt Nord sprachen Karsten Schmidt, GdP-Landesvorsitzender, Jürgen Naatz, Vorsitzender des Polizeihauptpersonalrates und Johann Lottmann, Präsident der Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Nord.

Die Folgen und der Stand der Polizeistrukturreform, die Klagen zur Anwendung des § 14 a Beamtenversorgungsgesetz und zur Verwendungszulage, Frührentenierungskonzept und echtes Personalentwicklungskonzept waren die Themen, die zum Teil auch kontrovers diskutiert wurden. Nicht nur die GdP-Vorstandsmitglieder, auch die Delegierten sagten dem Polizeipräsidenten, der auch GdP-Kollege ist, ihre Meinung.

„Meinungsäußerungen von Seiten der GdP sind immer konstruktiv und nicht als bloße Kritik zu verstehen. Dünnhäutigkeit ist da unverständlich“, hatte der GdP-Landesvorsitzende Karsten Schmidt in seinem Redebeitrag erklärt. Gemeint war eine Pressemitteilung der GdP zum Stand der Polizeistrukturreform (siehe Seite 2), die die Gemüter im Innenministerium erregt hatte. Auch in der Diskussion dieses Delegiertentages zeigten die GdP-Mitglieder, dass ihnen die Lage der Polizei nicht gleichgültig ist und sie sich einbringen wollen.

Weitere Informationen folgen in der nächsten Ausgabe. **Lothar Jeschke**

SCHLAGLICHTER*

Dienstag, 8. April 2008

100 Tage Polizeistruktur – eine Zwischenbilanz – Die GdP sieht dringenden Handlungsbedarf

Der Fachausschuss Kriminalpolizei hatte sich Anfang des Jahres darauf verständigt, dass er sich kritisch mit Erscheinungen und Problemen beschäftigen will, die bei der Umsetzung der neuen Polizeistruktur sichtbar geworden sind. Dabei geht es uns insbesondere um die Frage: Welche Auswirkungen hat die PSR tatsächlich auf die Polizei, insbesondere auf die Kriminalpolizei und die dort tätigen Kolleginnen und Kollegen?

Montag, 7. April 2008

Beihilfe – Praxisgebühr rechters?? – Urteile aus Münster und Göttingen

Im Urteil des OVG in Münster vom 12. Nov. 2007 (AZ 1A 995/06) wurde entschieden, dass der Abzug des Einbehalts nach § 12 Beihilfevorschriften (BhV), die so genannte Praxisgebühr gegen höherrangiges Recht verstößt und in die althergebrachten Grundsätze eingreift.

Sonnabend, 5. April 2008

Der Landesfachausschuss (FA) Beamten- und Besoldungsrecht der GdP

Ein wesentlicher Teil der Arbeitsgremien in der GdP sind neben den Vorständen die Fachausschüsse in den Ländern und im Bund, die sich mit den Aufgaben, Problemen und Fragen der Mitglieder der GdP und deren gewerkschaftlicher Vertretung befassen.

Freitag, 4. April 2008

Gründungen der GdP-Kreisgruppen Halle und Direktion Süd

Mit Wirkung der Polizeistrukturreform machte sich auch eine Neuorganisation der Organisation der GdP in der PD Sachsen-Anhalt Süd notwendig.

Montag, 31. März 2008

Einigung im Tarifkonflikt des öffentlichen Dienstes

Nach den Gewerkschaften stimmten am Montagmittag in Potsdam auch die Arbeitgeber dem ausgehandelten Kompromiss zu. Wie die Agenturen übereinstimmend berichten, haben die Tarifpartner in Potsdam im Tarifkonflikt des öffentlichen Dienstes einen Durchbruch erzielt.

**Unter dieser Überschrift werden kurze und prägnante Informationen aus den letzten Wochen veröffentlicht.*



Abstimmung über den Vorstand der neu gegründeten GdP-Bezirksgruppe Polizeidirektion Nord. Michael Wiegert (links, kleines Foto) wurde einstimmig zum Vorsitzenden gewählt.



PSR 2007 – eine erste Zwischenbilanz

Nachdem die Polizeistrukturreform (PSR) 2007 im Land angelaufen ist, haben die Mitglieder des Fachausschusses Kriminalpolizei am 3. und 4. April 2008 in Halberstadt ein erstes Fazit gezogen. Noch vor dem Startschuss zur neuen Struktur hatten wir beschlossen, die ersten drei Monate abzuwarten, um dann kritisch – aber auch sachlich konstruktiv – zu beleuchten, wo die Säge noch klemmt bzw. wo sich ernsthafte Probleme aufgetan haben, die eine dringende Kurskorrektur erfordern.

Wohl wissend, dass diese Organisation unserer Polizei in ihren Grundpfeilern sehr wahrscheinlich länger Bestand haben wird, als die vorangegangenen Strukturmodelle, hatten wir uns einigen ausgewählten Untersuchungsfragen gestellt.

Es war zu erwarten, dass diese grundlegende Umwälzung der Aufbauorganisation einige vorübergehende Unwuchten mit sich bringen würde, die jedoch nach einer gewissen Anlaufphase verschwinden dürften.

Leider müssen wir feststellen, dass in einigen entscheidenden Bereichen die Anlaufphase zu lange andauert und schnelle Lösungen nicht in Sichtweite

sind! Man darf bei allem Verständnis für Anlaufschwierigkeiten eine grundlegende Tatsache nicht vergessen: Die Polizei hat einen klaren gesetzlichen Auftrag. Diesem müssen wir uns alle auch dann stellen, wenn die Polizei mit sich selbst beschäftigt ist. Dazu gehört eben auch, dass funktionierende Arbeitsbedingungen unerlässlich sind. Deshalb muss sofort mit der Evaluierung begonnen werden! (einfach ausgedrückt: Änderungserfordernisse müssen schnellstens erkannt, beim Namen genannt und die Korrektur eingeleitet werden!) Es darf aus unserer Sicht – vor allem im sachbearbeitenden Bereich – nicht ein Jahr lang gewartet und gehofft werden, dass sich alles schön von selbst einspielt!

Wir wollen helfen, dass der Sand aus dem Getriebe kommt. Wir sehen aber auch hinter jedem Kästchen im Organigramm die Kollegin oder den Kollegen, die an ihrem Platz die Struktur mit Leben erfüllen sollen. Dazu muss das Umfeld bestellt sein und in alle Kästchen müssen schleunigst Namen geschrieben werden, die dazu passen! Alles was diesen Prozess unnötig verlängert, ist kontraproduktiv!

unübersehbar. So richtig war darauf niemand vorbereitet.

Mit Sorge beobachten wir einige entscheidende Engpässe bei der Ausstattung der Dienststellen mit unerlässlichen Einsatz- und Arbeitsmitteln. Die Vorgangsbearbeitung wird dadurch erheblich erschwert.

Die IT-Vernetzung und -ausstattung ist nicht flächendeckend kompatibel mit der Org.-Struktur. Wir haben da einigen „Kabelsalat“ ausgemacht. Die elektronische Vorgangsbearbeitung ist in einigen Dienststellen erheblich behindert. Übrigens ist dieses Problem nicht erst eine unerwartete Begleiterscheinung der letzten PSR. Vielmehr hatten sich die Symptome schon bei der vorangegangenen Strukturreform deutlich gezeigt. Ich hatte damals eine Glosse in dieser Zeitung geschrieben, um auf die Nöte des „kleinen“ Sachbearbeiters K aufmerksam zu machen. Ich könnte diesen Artikel heute nochmals und unverändert veröffentlichen... Es hat sich nichts verändert. Noch immer braucht der PC in einigen untergeordneten Dienststellen viel zu lange, um das umzusetzen, was man ihm soeben voller Tatendrang eingegeben hat! Es geht dabei nicht um Sekunden sondern um Minuten!! Ein unhaltbarer Zustand!

Die Kommunen stellen sich neu auf, Gebietsgrenzen verändern sich. Der Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Die Belastungszahlen der Polizei – wichtige Berechnungsgrundlagen, die z. B. den Personaleinsatz wesentlich bestimmen – werden dadurch teilweise erheblich verschoben. Darauf wird zu schleppend reagiert.

Wir haben mit der Erarbeitung eines Positionspapiers begonnen. Es beschreibt unsere wesentlichsten Feststellungen und mündet in einem Forderungskatalog, der schnellstens dem GLBV übergeben werden soll.

Der Fachausschuss K ist sich einig, in Zukunft viel aktiver die Stimme für die Belange unserer Kolleginnen und Kollegen in der Kriminalpolizei zu erheben, weil es dringend notwendig ist. Einige Themen, wie z. B. die besorgniserregende Überalterung, mit all ihren Auswirkungen, werden wir selbstverständlich nicht aus dem Auge verlieren. Auch die Frage, wo sich eigentlich die überzähligen Polizeibeamten versteckt haben, ist noch unbeantwortet. Wir haben sie jedenfalls nicht gefunden...

Rolf Strehler

Probleme bei Personal und Ausrüstung

Aus diesen Erkenntnissen heraus wollen wir uns konstruktiv einbringen.

Ich möchte hier noch einige Problemfelder andeuten, mit denen wir uns beschäftigt haben und die wir weiterhin beobachten.

Die Dienstpostenbesetzung dauert aus unserer Sicht viel zu lange und muss schnellstens abgeschlossen werden. Ein sehr besorgniserregender (lange nachwirkender!) Nebeneffekt der Dienstpostenausschreibungen besteht aus unserer Sicht darin, dass erfahrene Kollegen mit Spezialwissen sich – weg von ihrem vertrauten Arbeitsgebiet, hin zu einem teilweise völlig neuen fachlichen Umfeld – auf Dienstposten bewerben, um die Chance des persönlichen Aufstiegs nicht verstreichen zu lassen. Wer will ihnen das verdenken?

Der Verlust an Know-how ist allerdings beträchtlich. Das wird wohl kaum jemand so gewollt haben. Die Lücken müssen aber geschlossen werden. In diesem Zusammenhang ist ein akuter Aus- und Fortbildungsbedarf entstanden und



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Sachsen-Anhalt

Geschäftsstelle:
Halberstädter Straße 120
39112 Magdeburg
Telefon: (03 91) 6 11 60 10
Telefax: (03 91) 6 11 60 11
E-Mail: isa@gdp-online.de

Redaktion:
Lothar Jeschke (V.i.S.d.P.)
Bahndamm 4
06862 Thießen
Telefon (dienstlich): (03 91) 2 50-20 91
Telefax (dienstlich): (03 91) 2 50-19 20 91
(privat Telefon): (03 49 07) 2 09 32
(privat Fax): (03 49 07) 3 06 98
E-Mail: Ljeschke@t-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Anzeigenleiter: Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 31
vom 1. Januar 2008

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 1452, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0949-281X



GdP-KREISGRUPPEN

Erster Schritt zur neuen Struktur

Magdeburg. 13. März 2008 in der Landeshauptstadt: Der erste Schritt zur neuen GdP-Struktur, mit der sich unsere Gewerkschaft an die neuen Polizeistrukturen anpasst, wurde vollzogen und die neue Kreisgruppe Polizeirevier Magdeburg gegründet.

Das Polizeirevier Magdeburg umfasst alle Polizeibeschäftigten die für das Territorium der Landeshauptstadt zuständig sind, darunter auch viele, die bis zum 31. 12. 2007 in der Polizeidirektion (PD) Magdeburg tätig waren, denn die hat bekanntlich viele Aufgaben an das Polizeirevier abgegeben.

In seinem Bericht an die GdP-Mitgliederversammlung des Polizeireviers Magdeburg zogen der Bezirksgruppenvorsitzende Heiner-Frank Schmidt eine Bilanz, in der er kritisch die Erfolge und auch die Rückschläge der letzten Jahre in der GdP-Arbeit beleuchtete.

Diese Jahre fasste der Bezirksgruppenvorsitzende mit folgenden Worten zusammen: „Hinter uns liegt eine nicht gerade einfache, aber dennoch schöne Zeit der vertrauensvollen Zusammenarbeit, geprägt von persönlicher Achtung jedes Einzelnen und dem ‚Füreinander da sein‘. Wir haben nicht nur geredet, sondern gehandelt und so vielen Kolleginnen und Kollegen geholfen, indem wir für sie da waren und mit ihnen ihre Probleme bewältigt haben. Unser Leitsatz ‚Wie gehen wir miteinander um?‘ stand immer im Mittelpunkt.“

Heiner-Frank Schmidt dankte besonders den Kolleginnen und Kollegen, die in der Vergangenheit mit ihrem Einsatz und ihren Leistungen dafür gesorgt haben, dass die Bezirksgruppe trotz einiger Rückschläge erfolgreich arbeiten konnte. Sie alle hatten sich, so Heiner Frank-Schmidt, gemeinsam für das Wohl der Bezirksgruppe Magdeburg in ihrer Freizeit und ohne Freistellung eingesetzt.

Auch auf Rückschläge in der GdP-Arbeit, „die Kraft und Nerven gekostet ha-

ben“, ging der Bezirksgruppenvorsitzende ein. Zwei GdP-Personalratsmitglieder hatten versucht, ihre eigenen Vorstellungen in der Bezirksgruppe durchzusetzen. Als sie damit nicht durchkamen, waren Lügen, Intrigen und Verleumdungen an der Tagesordnung. Die Folge: Beide traten aus der GdP aus und in eine andere Gewerkschaft ein, behielten aber die Personalratsmandate der GdP. Aus diesen Erfahrungen formulierte Heiner-Frank Schmidt die Linie für die kommenden Personalratswahlen: „Wir werden heute neue Kandidaten für den örtlichen Personalrat vorschlagen, die von der Mehrheit getragen werden, die geeignet sind, mehr Durchhaltevermögen besitzen und denen wir voll vertrauen können.“

Als besonderen Erfolg benannte Heiner-

Frank Schmidt die solide Finanzsituation der Bezirksgruppe Magdeburg. Er bezeichnete dies als Ergebnis der „Arbeit der Kassiererin Uta Richter und ihrer Vertreterin Marlen Beiersdorf und ich kann mich voller Lob äußern. Seit 2005 erfolgten alle Kassenabschlüsse ohne Beanstandungen und die Landeskassiererin Vera Rupprich bedankte sich ausdrücklich für die sehr gute Leistung.“

Aufgrund der soliden Finanzen war es auch möglich, dass die Bezirksgruppe die verschiedensten Veranstaltungen unterstützen konnte. Angefangen von Fußballturnieren bis hin zum alljährlichen Fest der Begegnung in Magdeburg.

Heiner-Frank Schmidt informierte die

Gewerkschaftsmitglieder auch über die neuen GdP-Strukturen, die demnächst innerhalb der Polizeidirektion (PD) Sachsen-Anhalt Nord geschaffen werden und die zur Bildung der GdP-Bezirksgruppe Sachsen-Anhalt Nord führen: „Im Bereich Heide-Altmark und Halberstadt wurden schon einige Kreisgruppen gebildet. Die ehemalige Bezirksgruppe PD Magdeburg wird heute nach der Entlastung unseres Bezirksgruppenvorstandes aufgelöst und es entstehen die Kreisgruppen ZKB und ZED, mit Untergruppen in Stendal, Gardelegen und Halberstadt, dem Polizeirevier Magdeburg, der PD mit Dezernaten und die des Wasserschutzpolizeireviers.“

In den neuen Kreisgruppenvorstand wurden Marlen Beiersdorf, Markus Lingsch, Steffen Jornitz, Holger Jahn und Olaf Lüderitz gewählt. Vorsitzender der GdP-Kreisgruppe Magdeburg wurde Markus Lingsch. Die neuen Vorstandsmitglieder sind in allen Bereichen des neuen Reviers beheimatet und schon allein deshalb kennen sie die Sorgen und Probleme aller Beschäftigten der Dienststelle.

In der Diskussion versicherten die Gewerkschaftsmitglieder, den gewählten



Bezirksgruppenvorsitzender Frank-Heiner Schmidt.



Mitglieder des neuen Kreisgruppenvorstandes werden zur Wahl beglückwünscht.

Vorstand zu unterstützen und auch in den neuen Polizeistrukturen der Landeshauptstadt die GdP zur stärksten Kraft in der Interessenvertretung der Polizeibeschäftigten zu machen.

Lothar Jeschke



Personalrat und Auswahlentscheidungen

Oftmals trifft die Dienststelle personelle Entscheidungen, bei denen sie unter einer Vielzahl von Beschäftigten eine Auswahl treffen muss. Dies erfolgt bei Einstellung, Anstellung und Beförderung sowie Übertragung eines anderen Amtes mit höherem Endgrundgehalt, der Zulassung zum Aufstieg, usw.

In vergleichbarer Weise wird bei dem Tarifpersonal verfahren. In allen Fällen besteht nach § 66 und 67 PersVG LSA ein Mitbestimmungsrecht für den zuständigen Personalrat. Bevor der Dienstherr also eine personelle Maßnahme vornimmt, hat er den zuständigen Personalrat um Zustimmung zu ersuchen.

Grundsätzlich ist es so, dass die Dienststelle bei einer zu treffenden Auswahl unter bestimmten Personen dem Personalrat einen (oder mehrere) Beschäftigte vorschlägt. Der Sinn der Einschaltung des Personalrates in den Auswahlprozess ist der, zu kontrollieren, ob die Dienststelle nach Recht und Gesetz gehandelt hat. Der Personalrat soll als gewählte Vertretung der Beschäftigten darauf achten, dass die Chancengleichheit der Bewerber gesichert ist und keine willkürlichen Entscheidungen getroffen werden.

In der Regel kann eine Auswahlentscheidung von der Personalvertretung auch nur nach den Prüfungsmaßstäben für Ermessensentscheidungen kontrolliert werden, nämlich daraufhin, ob die Dienststelle bei ihrer Beurteilung etwa die anzuwendende Begriffe oder den gesetzlichen Beurteilungsspielraum verkannt hat, ob sie von unrichtigen Sachverhalten ausgegangen ist, allgemein gültige Maßstäbe nicht beachtet oder sachfremde Erwägung vorgestellt hat. Dabei ist es wichtig zu wissen, dass der Personalvertretung die Bewertung der Eignung, Leistung und Befähigung eines Beschäftigten entzogen ist. **Diese Einschätzung liegt allein in der Hand der Dienststelle.** Auf das eigene Urteil der Personalvertretung über Eignung, Leistung und Befähigung der betroffenen Person kommt es nicht an.

Nur ausnahmsweise kann der Personalrat die von der Dienststelle getroffene Ermessensentscheidung überprüfen. Er darf jedoch nicht sein Wertungsurteil an die Stelle desjenigen der Behörde setzen.

Der Personalrat kann bspw. gegen die von der Dienststelle beabsichtigte Auswahlentscheidung anführen, dass vom Dienstherrn die Grenzen des auszuübenden Ermessens überschritten worden sind oder dass eine Auswahlentscheidung deshalb fehlerhaft ist, weil bereits in der Stellenausschreibung für den zu besetzenden Dienstposten ein spezifisches Anforderungsprofil nicht festgelegt worden ist, sofern dies nicht schon durch Gesetz, Verordnung oder Verwaltungsvorschrift vorgegeben ist.

Eine weitere Möglichkeit wäre, dass der Personalrat rügt, dass die in Aussicht genommene Person dem von der Behörde selbst gesetzten Anforderungsprofil nicht entspricht. Bei Beförderungen ist besonders zu beachten, dass eine Beförderung eine Ermessensentscheidung der Dienststelle ist, die sich vorrangig an Leistungsgrundsätzen orientiert. Es sind dabei schon aus Gründen der Fürsorge Lebens- und Dienstaltes eines Beschäftigten jedenfalls dann zu beachten, wenn Eignung, Befähigung und fachliche Leistung gleich zu beurteilen sind.

Zudem sprechen für den lebens- und dienstälteren Beamten die in aller Regel größeren praktischen Berufserfahrungen, die im Hinblick auf die im Beförderungssamt zu erfüllenden Aufgaben berücksichtigt werden können. Deshalb wird der von der Dienststelle zu beachtende Ermessensspielraum umso größer, je weniger Unterschiede bei der Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung der Bewerber festzustellen sind. Dem Dienststellenleiter ist in einem solchen Fall ein weiter Ermessens- und Beurteilungsspielraum gegeben, den er auch unter Heranziehung von Hilfskriterien ausfüllen kann.

Der für eine Auswahlentscheidung aktuelle Leistungsvergleich setzt voraus, dass der der letzten Beurteilung zu Grunde liegende Beurteilungszeitraum nicht länger als zwölf Monate zurückliegt. In jedem Fall obliegt allein dem Dienstherrn die Beurteilung der Bewerber hinsichtlich Eignung, Leistung und Befähigung.

Die Dienststelle hat bei personellen Maßnahmen, die auf einer Auswahlentscheidung beruhen, die Personalvertretung regelmäßig nicht nur über den ausgewählten Bewerber, sondern auch über die fachlichen und persönlichen Gründe der nicht berücksichtigten Bewerber

durch Vorlage der Bewerbungsunterlagen zu unterrichten.

Bei allen personellen Auswahlentscheidungen gilt dies im Prinzip uneingeschränkt, insbesondere bei Beförderungen kommt es jedoch maßgeblich auf die Mitteilung der Ergebnisse der Beurteilungen an. In jedem Fall ist es erforderlich, dass die Dienststelle ihren Beförderungsvorschlag begründet. Er muss für die Personalvertretung nachvollziehbar sein. Zu erläutern ist gegebenenfalls auch die allgemeine Beförderungssituation sowie eine längerfristige Konzeption der Dienststelle. Sie hat mitzuteilen, auf Grund welcher Tatsachen bzw. Bewertungen, die von ihr beabsichtigte Person ausgewählt worden ist. Sie hat auch die unterlegenen Mitkonkurrenten über ihre Entscheidung zu informieren.

Einflussnahme des Personalrates ist beschränkt

In allen Fällen ist also die Einflussnahme des Personalrates in Bezug auf personelle Auswahlentscheidungen beschränkt. Der Personalrat hat grundsätzlich nur ein Kontrollrecht hinsichtlich der Rechtmäßigkeit der Maßnahme und der Prüfung, ob nicht gegen Gerechtigkeits Erwägungen und gegen das Prinzip der Chancengleichheit verstoßen worden ist.

Im Besonderen hat er darauf zu achten, dass die entsprechenden Verfahren ordnungsgemäß eingehalten sind und niemand benachteiligt wurde. Nicht unerwähnt bleiben darf auch der Umstand, dass der Personalrat nach dem Personalvertretungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (leider) keine Möglichkeit hat, eine personelle Maßnahme (Beförderung, Zulassung zum Aufstieg, Übertragung eines anderen Amtes mit höherem Endgrundgehalt, Höhergruppierung usw.) bei der Dienststelle zu beantragen.

Er kann zwar nach § 61 Abs. 4 PersVG LSA bei Maßnahmen, die seiner Mitbestimmung unterliegen, auch initiativ werden. Dieses so genannte Initiativrecht darf sich aber nicht auf eine personelle Einzelmaßnahme beziehen. Damit ist nach der Rechtslage in Sachsen-Anhalt klargestellt, dass der Personalrat nicht gegen den Willen der Behörde personelle Maßnahmen erzwingen kann.

Verweigert der Personalrat die Zustimmung zu einer beabsichtigten perso-



NEUE GdP-STRUKTUR

Zwei neue Kreisgruppen gegründet

Halle. Mit Wirkung der Polizeistrukturereform machte sich auch eine Neuorganisation der Organisation der GdP in der Polizeidirektion (PD) Sachsen-Anhalt Süd notwendig. So wurde am 11. März 2008 im Polizeirevier Halle/Saale die Kreisgruppe Halle der GdP gegründet und ein Kreisgruppenvorstand gewählt. Die Kreisgruppe Halle ist für alle Kollegen der GdP aus dem Polizeirevier Halle zuständig.

In den Vorstand der Kreisgruppe wurden gewählt:

Vorsitzender: Sven Wolter, Stellv. Vorsitzender: Tino Pareigis, Schriftführerin: Bettina Schmidt, Stellv. Schriftführerin: Heidi Schenk, RK Halle/ Neustadt: Sven Ulrich, RK Halle/ Süd: Walter Liebmann, Udo Kleymann, RK Nord: Heiko Irmer, RKD Halle: Dietmar Weil, PRev. Halle: Birgit Böhm, Christoph Baumert.

Ebenso wurde am 3. April 2008 die

Kreisgruppe Direktion Süd der GdP gegründet und ein Kreisgruppenvorstand gewählt. Die Kreisgruppe Direktion Süd ist für die Kollegen der PD Sachsen-Anhalt Süd in den Bereichen PD Haus, Zentraler Einsatzdienst und Zentrale Kriminalitätsbekämpfung zuständig.

In den Vorstand der Kreisgruppe wurden gewählt: Vorsitzender: Holger Jungklaus, 1. Stellv. Vorsitzende: Stefanie Hedler, 2. Stellv. Vorsitzender: Hans-Jürgen Rebhuhn, Schriftführerin: Siglinde Jungmann, Stellv. Schriftführer: Roland Graf, Kassierer: Hans-Ulrich Kerpl, Stellv. Kassierer: Ronald Braune.

Die jetzigen Schwerpunkte der Gewerkschaftsarbeit sind die weitere sozialverträgliche Umsetzung der Polizeistrukturereform und die Vorbereitung der Personalratswahlen am 4. Juni 2008.

Holger Jungklaus und Sven Wolter

MITGLIEDSBEITRÄGE

Beitragsanpassung

Mit den Zahlungen zum Monat Mai werden die Bezüge der Tarifbeschäftigten und Beamten um 2,9 Prozent erhöht. Zeitgleich wird es eine Anpassung der GdP-Mitgliedsbeiträge geben. Somit ist eine satzungsgemäße Beitragszahlung gewährleistet. Ausgenommen von der Anpassung sind die Rentenbezieher, da sich ihre Rente nicht erhöht. Zu Fragen der Beitragshöhe und zu den Anpassungen können sich alle Mitglieder gern an das Landesbüro bzw. an die Landeskassiererinnen wenden.

Weiterhin möchte wir darauf aufmerksam machen, dass jedes Mitglied selbst dafür verantwortlich ist, persönliche Veränderungen dem Landesbüro mitzuteilen. Die Veränderungsmeldungen können auch über die Vertrauensleute oder die Vorstände der Bezirksgruppen erfolgen.

Vera Ruppricht

PERSONALVERTRETUNGSRECHT

nellen Maßnahme mit einer Auswahlentscheidung, so findet in der Regel eine Abgabe der Angelegenheit an die nächsthöhere Behörde statt. Bei dem Hauptpersonalrat der Polizei beim Innenministerium findet dann ein Einigungsstellenverfahren statt. Die Einigungsstelle entscheidet endlich durch Beschluss. Dieser Beschluss stellt eine Empfehlung dar, von der die oberste Dienstbehörde abweichen kann. Eine endgültige Möglichkeit, personelle Einzelmaßnahmen gegen den erklärten Willen des Dienstherrn zu verhindern oder zu beeinflussen, besteht deshalb für die Personalvertretung nicht.

Der Personalrat ist nach § 2 Abs. 1 PersVG LSA in der Regel darauf angewiesen, unter Zuhilfenahme sachlicher Argumente die Dienststelle von der Unrichtigkeit der von ihr beabsichtigten Auswahlentscheidung zu überzeugen. Dies ist nicht immer leicht. Die Vertreter der Beschäftigten in den Personalräten nehmen diese verantwortungsvolle Aufgabe jedoch stets sehr ernst.

*Frank Schröder,
Rechtsanwalt und Fachanwalt für
Arbeitsrecht in Halle*

BEAMTEN- UND BESOLDUNGSRECHT

Fachausschuss im Porträt

Ein wesentlicher Teil der Arbeitsgremien in der GdP sind neben den Vorständen die Fachausschüsse in den Ländern und im Bund, die sich mit den Aufgaben, Problemen und Fragen der Mitglieder der GdP und deren gewerkschaftlicher Vertretung befassen. Einer von diesen, der Landesfachausschuss Beamten- und Besoldungsrecht, umfasst zehn Mitglieder aus den Bereichen Schutz- und Kriminalpolizei sowie den Verwaltungen verschiedener Dienststellen.

Namentlich sind dies: Sybille Staliwe aus der BG Süd, Jens Häupl aus dem LKA, Edgar Pilz aus der BG Süd, Thomas Friedrich und Hans-Wilhelm Erdt aus dem TPA, Gerald Friese von der FHS, Jürgen Lorenz von der LBP, Michael Hoffmann aus der BG Ost, Wolfgang Jung als Vertreter der Senioren und Holger Jungklaus aus der BG Süd, welcher den Vorsitz inne hat. Gleichzeitig gibt es dieses Gremium auch auf Bundesebene, in welchem sich die Vorsitzenden der Landesfachausschüsse zweimal im

Jahr treffen. Zusätzlich tauschen sie sich in einer Internetplattform darüber aus, welche gemeinsamen Strategien zur Durchsetzung unserer gewerkschaftlichen Ziele führen. In der Zeit des ausufernden Föderalismus ist Zusammenarbeit umso wichtiger geworden. Zu den Kernaufgaben gehören die Bereiche Versorgungs- und Besoldungsrecht, Heilfürsorge- und Beihilferecht, Statusrecht, Disziplinarrecht und Personalvertretungsrecht.

Durch die Mitglieder des FA werden die entsprechenden Themen aufgegriffen, fachlich erörtert und dem Landesvorstand vorgetragen oder Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen zur Weiterleitung an den DGB erarbeitet. Weiterhin sind wir zu den o. g. Themen Ansprechpartner für alle Mitglieder. Wir sind über das Landesbüro zu erreichen, aber ihr könnt euch auch persönlich an uns wenden.

*Für den Fachausschuss:
Holger Jungklaus, Jens Häupl*



Die GdP-Kandidaten im Norden

Vertreterin der Arbeitnehmer:
Anke Günther ist 45 Jahre alt. Sie wohnt mit ihrem 16-jährigen Sohn in Halberstadt.



Vertreter der Beamten:
Heiko Krause wohnt mit seiner Tochter und seiner Lebensgefährtin in Roßdorf, einem Ort in der Nähe von Genthin. Er ist 40 Jahre alt.



Seit 2001 vertritt **Anke Günther** Angestellte und Arbeiter im Personalrat. Als Gruppenvertreterin für Angestellte wurde das Tarifrecht ihr Arbeitsschwerpunkt. 2005 wurde Anke erneut in den Personalrat gewählt. Seitdem arbeitet sie auch aktiv in der Bezirksgruppe Halberstadt der GdP mit. Aber nicht nur dort, sondern auch im Fachausschuss Tarif der GdP im Land wird ihr Einsatz geschätzt. Seit dem 23. März 2007 ist sie Vorsitzende des Tarifausschusses und Mitglied der großen Tarifkommission der GdP auf Bundesebene. Anke Günther ist als Vertreterin der Tarifbeschäftigten Mitglied im Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand der GdP.

Eine große Herausforderung sah Anke Günther bei der Umsetzung der Polizeistrukturreform und der damit verbun-

denen Auflösung der Direktionen Magdeburg, Halberstadt und Stendal und den Zusammenschluss zur PD Nord. Sie hat sich dafür eingesetzt, dass die damit einhergehenden Personalmaßnahmen möglichst sozialverträglich vollzogen wurden. Natürlich möchte Anke sich im Stufenpersonalrat weiter für die Arbeitnehmer engagieren. Mit der neuen Polizeistruktur im Land Sachsen-Anhalt sind auch die Stufenvertretungen neu zu wählen und entsprechend wird sie kandidieren.

1994 trat **Heiko Krause** der GdP bei und engagierte sich für die Kollegen. Durch seinen gewerkschaftlichen Einsatz wurde er zum Vorsitzenden der Bezirksgruppe Heide-Altmark gewählt. Diesen Posten füllte er bis zur Auflösung Ende 2007 aus. In den Personalrat wurde Hei-

ko Krause im Juli 2001 gewählt. Ihm wurde das Vertrauen für den Vorsitzenden des Stufenpersonalrates der PD Stendal ausgesprochen.

Mit der Polizeistrukturreform musste bis zu den jetzigen Wahlen ein Übergangsstufenpersonalrat (ÜStPr) gewählt werden. Dieser setzt sich aus den ehemaligen Stufenpersonalräten Halberstadt, Stendal und dem örtlichen Personalrat Magdeburg zusammen. Durch die breit gefächerten Aufgaben als neuer Vorsitzender wurde er an den Auswahlgesprächen für die ausgeschriebenen Dienstposten beteiligt.

Heiko Krause hofft, dass ihm auch bei den jetzigen Wahlen das Vertrauen ausgesprochen wird und er in bewährter Weise erfolgreich die Kollegen vertreten kann.

Generationswechsel im Osten



In der Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Ost kandidiert Bernd Dudka als Beamtenvertreter für den Stufenpersonalrat.

Meinungen wurden in allen Kreisgruppen die Kandidaten für den Stufenpersonalrat der Polizeidirektion und die Örtlichen Personalräte aufgestellt.

Das sind unsere Kandidaten und ihre Ziele:

Stufenpersonalrat der Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Ost, sieben Mitglieder:

Gruppe der Beamten: Bernd Dudka, Norbert Dieke, Nancy Emmel, Michael Hoffmann, Volker Kaatz, Gerhard Möbes, Ulrich Böttcher, Peter Willig.

Gruppe der Arbeitnehmer: Petra

Scheer, Marion Hoffmann.

Welche Ziele stellen wir uns?

Die Kandidaten der GdP für den Stufenpersonalrat in Sachsen-Anhalt Ost, wollen einen Generationswechsel herbeiführen. Als oberste Arbeitsmaxime soll die Zusammenarbeit und die Kommunikation zwischen dem Stufenpersonalrat und den örtlichen Personalräten (ÖPR) verbessert werden. Keine einsamen Entscheidungen mehr ohne Kontakt zur Basis in den ÖPR.

Wir stehen für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Behördenleitung, aber auch für eine kritische Hinterfragung von Personalentscheidungen,



PERSONALRATSWAHLEN 2008 – STUFENPERSONALRÄTE

Wir sind hier, wenn Du das möchtest und wir sind da, wenn Du uns brauchst!



Sybille Staliwe kandidiert für den Stufenpersonalrat der Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Süd als Beamtenvertreterin.

Nachdem der Strukturreform-Sturm langsam abflaute und auch wir nach dem Chaos unsere Sachen aus den Kisten wieder ausgepackt und in neuen Büros verstaut hatten, ging es nun gleich aktiv weiter im Stellenbesetzungsmarathon und nebenbei mit der Vorbereitung der Personalratswahl.

Auch für uns gibt es sehr viel Neues und Änderungen mit ziemlichen Auswirkungen. Für eine Übergangszeit bis zur Neuwahl wurden nach gesetzlichen Vorgaben Übergangspersonalräte gebildet, die sich finden, organisieren und sich ver-

Arbeitsbedingungen und Entscheidungen hinsichtlich von möglichen Beförderungen/Höhergruppierung im PD-Bereich. Dabei wird der konstruktive Gedankenaustausch mit allen Beschäftigten der Behörde gesucht. Wir wollen Personalräte für „unsere“ Beschäftigten sein und nicht eine Insel im Universum. Wichtig sind die Einsatz-/Ausrüstungsbedingungen unserer 9. Einsatzhundertschaft, welche wir schrittweise durch Hinterfragen verbessern möchten. **Volker Kaatz**

ständigen mussten. Andere Arbeitsweisen auf Grund der Größe der Behörde und der Anzahl der Beschäftigten waren unbedingt nötig und eine bessere Einbeziehung der örtlichen Personalräte war längst überfällig.

Während in Halle ja leider immer nur ein Personalrat Ansprechpartner für alle Beschäftigten war, gab es in Merseburg örtliche Personalräte in den Revieren und einen Stufenpersonalrat der Polizeidirektion (PD) für alle Polizeibeschäftigten. Neu organisiert haben wir entsprechend § 71 Personalvertretungsgesetz unter anderem, dass der Übergangsstufenpersonalrat sämtliche Personalentscheidungen zunächst in die Verantwortung der örtlichen Personalräte gibt und selbst immer erst nach deren Votum entscheidet.

Durch die Strukturreform haben nun das Revier Halle und das Haus PD Süd auch einen eigenen Personalrat. Für die Beschäftigten der ehemaligen PD Halle gibt es also bei der Personalratswahl im Juni eine Neuerung. Sie können jetzt ihre Stimme für ihre örtlichen Kandidaten und für den Stufenpersonalrat abgeben.

Es ist sehr gut, dass sich wieder mehr Kolleginnen und Kollegen engagiert und gemeldet haben, die in den Personalräten mitarbeiten möchten. Auch das ist eine positive Auswirkung der Strukturreform.

Nun sind alle Kolleginnen und Kollegen der PD Süd gefragt. Sie sollen am 4. und 5. Juni 2008 entscheiden, wer in den Personalräten mitarbeiten soll.

Die aktive Teilnahme an der Personalratswahl ist eine Möglichkeit, direkt an der Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen in der PD, den Revieren und Kommissariaten teilzunehmen. Es ist ein Beitrag zu mehr Demokratie und Mitbestimmung. Deswegen spreche bitte auch mit den Nichtorganisierten. Personalratswahl geht uns alle an!

Allen alles recht getan ist eine Kunst die keiner kann. Nicht immer gelingt alles gleich und oft auch nicht sofort.

Deswegen werden wir erst recht im aktuellen Wahlkampf nicht die Lösung aller Probleme vorgaukeln oder irgendwelche Märchen versprechen. Sondern weiterhin durch Zuverlässigkeit, Fachkompetenz und selbstloses Handeln, das Vertrauen der Kollegen nicht enttäuschen.

Dafür stehen wir. Die Erfolge und die Ziele der GdP sind in den letzten Wochen vielfach dargestellt, niedergeschrieben und besprochen worden.

Dass wir im Personalrat für euch da sind und uns um sämtliche Fragen und Anliegen kümmern, ist für viele Kolleginnen und Kollegen schon ganz selbstverständlich. Damit das aber auch so funktioniert und bleibt, ist jetzt zur Personalratswahl Deine Mithilfe und Deine Entscheidung wichtig!

Am 4. und 5. Juni ist Wahltag.

Komm zur Wahl – entscheide mit ... entscheide Dich für Deine GdP-Vertreter!

Und wie in den vergangenen Jahren auch, lassen wir uns für die Wahltag wieder etwas Besonderes einfallen. Ein kleines Präsent liegt schon für jeden Wähler bereit.

Jetzt zählen wir auf Dich!

*Sybille Staliwe
Für die Bezirksgruppe
Sachsen-Anhalt Süd*

ZITAT

„Die Möglichkeiten der Optimierung sind nun ausgereizt. Ich bin mir sicher, dass die jetzige Polizeistruktur in Sachsen-Anhalt über Generationen Bestand haben wird.“

Johann Lottmann, Präsident der Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Nord am 2. März 2008 in einem Interview mit dem „Generalanzeiger Salzwedel-Sonntagsnachrichten“

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Ausgabe 7/2008 ist am

Freitag, 6. Juni 2008,

für die Ausgabe 6/2008 ist Redaktionsschluss am

Mittwoch, 7. Mai 2008.

Für Manuskripte, die unverlangt eingesandt werden, kann keine Garantie übernommen werden. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.



Das haben wir schon gemeinsam geschafft

Nachdem die Polizeistrukturen alle gut gefügten Strukturen von Halle und Merseburg durcheinander gewirbelt und für viel Aufregung, Wut und auch Tränen sowie für Umzugsstress gesorgt hat, sind alle nun miteinander wieder dabei, überschaubare und gemeinsame Wege zu finden.

Manchmal glaubt man, die Deutsche Einheit war etwas leichter.

Allen Kolleginnen und Kollegen, der neuen Polizeidirektion (PD) Sachsen-Anhalt Süd ist es zu verdanken, dass die Umsetzung und der Beginn der Strukturreform bisher ohne größere Zwischenfälle über die Bühne ging und dass das befürchtete Chaos sich in Grenzen hielt.

Es war für viele eine enorme Aufregung, Arbeitsbelastung und unbeschreiblicher Stress.

Für die Einen, die alles organisieren und die Umzüge sicherstellen oder für die, die dafür sorgen mussten, dass alle Stellen ausgeschrieben und neu besetzt und dabei alle Interessen, Wünsche und Belange berücksichtigt werden.

Nebenbei spielte ja aber die polizeiliche Lage auch noch eine Rolle. Naja, wenn auch nur ein wenig.

Nicht weniger Stress, Bauchschmerzen, Sorgen und Aufregung gab es für die Anderen, die sich in Personalauswahlgesprächen stellen und beweisen mussten, sowie für viele Kolleginnen und Kollegen, die selbst zum Jahreswechsel noch nicht wussten, wo sie denn nun in der neuen Behörde Dienst verrichten werden. Dass der Krankenstand während und nach dieser Wahnsinnsaktion unbeschreiblich in die Höhe ging, wundert dabei wahrscheinlich nur einige Weltfremde.

Nachdem man dann den Umzug, oder zwei oder drei, in das neue Dienstgebäude oder Büro so einigermaßen gut überstanden hatte und die letzten Dinge in den Schränken gerade verstaut waren, ging es gleich los mit dem Dienst in der neuen gemeinsamen PD Sachsen-Anhalt Süd.

Plötzlich prallten aus zwei Polizeidirektionen völlig unterschiedliche Arbeitsweisen, Führungsstile, Vorschriften, Umgangsformen und Charaktere aufeinander und man hatte das Gefühl, von dem einen in das nächste Chaos gezogen

zu sein. Zwei Dienststellen, die weit voneinander ihren Wirkungskreis hatten und die vorher immer gut zusammengearbeitet haben, konnten unterschiedlicher nicht sein.

Nun galt es so schnell wie möglich, einheitliche Regeln, Vorgaben, Arbeitszeitregelungen und alles Nötige zu organisieren.

Ich meine, die Reform hat ja, wenn auch nur wenig, vielleicht etwas Gutes. Eine Stellenbesetzung von diesem gigantischen Ausmaß mit dem klaren Auftrag, nach Möglichkeit immer den Erst- oder Zweitwunsch der Mitarbeiter zu erfüllen, habe ich noch nie erlebt.

Viele Kolleginnen und Kollegen müssen jetzt z. B. nicht mehr so weit fahren oder sie haben nun den Dienstposten, den sie sich schon lange gewünscht haben. Viele haben einen höherwertigen Dienstposten oder können sich in einer anderen Arbeitsaufgabe neu orientieren und beweisen.

Von den Unterschieden profitieren

Wir könnten von den unterschiedlichen Arbeitsweisen der beiden Dienststellen vielleicht auch profitieren. So zum Beispiel im Bereich Arbeitszeiten sollten wir die günstigen Regelungen für die Mitarbeiter weiterführen und störende Faktoren, wie die Kernzeiten lockern oder dafür sorgen, dass sie so wie in anderen Behörden, völlig entfallen. Die Kolleginnen und Kollegen gingen bisher mit ihrer Arbeits-/Gleitzeit sehr verantwortungsvoll um. Denn wir sind nämlich schon groß und erwachsen und nicht mehr im Kindergarten.

Unser Ziel ist: Planbare und verlässliche Wechselschichtdienste, Schichtdienste und Wochenenden, Gleitzeit so weit wie möglich, Regeldienst und Bedarfsdienst nur wenn unbedingt nötig!

Jetzt nach einigen Monaten können wir alle schon mal einen kleinen Rückblick wagen und wirklich stolz feststellen, das haben wir gemeinsam geschafft.

Doch nur zufriedene Mitarbeiter sind gute Mitarbeiter. Leider sind auch Fehler passiert und viele Kolleginnen und Kollegen sind noch richtig unzufrieden mit ihrer neuen Situation. Deswegen bleibt noch viel zu tun. Viele Fehler, die in der Zwischenzeit gemacht wurden, müssen

jetzt nach Möglichkeit korrigiert werden. Auch wenn das die betroffenen Kolleginnen und Kollegen nur wenig tröstet, können wir hier leider nur um etwas Geduld bitten. Es war aber manchmal wirklich erstaunlich, welche Lösungen in anderen Situationen schon gefunden wurden.

Wünsche und Sorgen von Kolleginnen und Kollegen, die nicht beachtet wurden oder noch nicht berücksichtigt werden konnten, sind zu prüfen, sodass wir bald wieder in Ruhe und ohne störende neue bürokratische Hürden arbeiten können.

Es gibt noch viel zu tun, packen wir es also an.

Ich weiß nicht, ob sich die Reform-Erfinder überhaupt mal Gedanken gemacht haben, was sie mit ihren eigenartigen Plänen verursacht haben und ob sie sich schon mal öffentlich bei den Polizistinnen und Polizisten bedankt haben.

Außer natürlich, dass sie sich Anfang Januar 2008, als wir, die Polizeibeschäftigten, noch im größten Durcheinander steckten, öffentlich und pressewirksam „auf den Bauch geklatscht und beweihräuchert“ haben, wie gut ihr Plan doch war und wie viel Polizisten wir nun angeblich mehr auf der Straße oder in der Sachbearbeitung haben. Mit dem Rest an Sorgen, Chaos, Bürokratie und Personalmangel müssen wir nun wieder selber klarkommen. Mal sehen, wann wir die ersten schlechten Statistiken, sinkende Bußgeldeinnahmen und hohe Krankenstände vorgehalten bekommen.

Ich möchte mich, als Vorsitzende des Übergangsstufenpersonalrates, zumindest an dieser Stelle mal für euer Engagement, eure Nervenstärke euren Fleiß, eure Mitarbeit, Verlässlichkeit und euren Einfallsreichtum bedanken. Natürlich und nicht zuletzt möchte ich auch allen Personalratsmitgliedern herzlich danken.

Denen, die vor Ort den Kolleginnen und Kollegen den Rücken gestärkt und ihre Sorgen und Wünsche ernst genommen haben und denen, die in den Aufbaustäben große Verantwortung getragen und die sich über das normale Maß hinaus engagiert haben.

Es hat allen Beteiligten viel Zeit, Nerven und schlaflose Nächte gekostet, aber einen Großteil haben wir gemeinsam schon geschafft und sind mit dieser gemeinsamen Aufgabe auch ein Stück (zusammen)-gewachsen.

Sybille Staliwe



Bessere Kommunikation an der Elbe

GdP-Kandidaten für die Örtlichen Personalräte der Polizeireviere der Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Ost:

Haus PD Dessau-Roßlau, neun Mitglieder, Gruppe der Beamten: Lothar Herzau, Rolf Berger, Frank Röse, Detlev Gleichmann, Frank Gliemann, Volker Thorwith, Jörg Kumbier.

Gruppe der Arbeitnehmer: Monika Wrhel.

Welche Ziele stellen wir uns?

Im Haus der Polizeidirektion haben sich die Kandidaten vorgenommen, das Gespräch mit allen Beschäftigten des Hauses zu suchen. Die lösbaren und scheinbar unlösbaren Probleme nach der Polizeistrukturreform sollen aufgegriffen werden und den Arbeitsplan des ÖPR im Haus der PD bestimmen. Transparente Darstellung der Arbeit des örtlichen Personalrates, bessere Information an alle Beschäftigten des Hauses.

Wir verstehen uns als Interessenvertreter aller Beschäftigten, unabhängig von einer Mitgliedschaft in verschiedenen Berufsvertretungen.

Polizeirevier Anhalt-Bitterfeld, neun Mitglieder

Gruppe der Beamten: Volker Kaatz, Katrin Salomon, Frank Krehan, Sybille

Elstner, Frank-Olaf Brandt, Nancy Emmel, Michael Däumich, Wolfram Barthel, Fred Reumschüssel.

Gruppe der Arbeitnehmer: Angelika Gröschl.

Welche Ziele stellen wir uns?

Der Personalrat im neu gebildeten Polizeirevier Anhalt-Bitterfeld, will eine effektive Zusammenarbeit zwischen dem Polizeirevier, den beiden Revierkommissariaten und den sieben Revierstationen aufbauen. Es müssen Kommunikationswege, Ansprechpartner und Ablaufschemata geschaffen werden, um Vertrauen zwischen den Personalräten und den Beschäftigten mit ihren berechtigten Belangen aufzubauen und ihnen zu entsprechen. Die neue Rolle in einem großen Polizeirevier mit über 350 Beschäftigten muss klar definiert werden und durch die Beteiligung im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Dienststellenleitung zum Ausdruck gebracht werden.

Polizeirevier Dessau-Roßlau, sieben Mitglieder, Gruppe der Beamten: Marion Pfaffendorf, Hagen Wilke, Petra Hüffner, Frank Steinmetz, Stefan Klein, Bernd Grunert, Thomas Butzmann, Andrea Spithof, Jürgen Lautenbach, Bernd Borutzki, Hans-Jörg Hohmann.

Gruppe der Arbeitnehmer: keine.

Welche Ziele stellen wir uns?

Wichtig ist uns als ÖPR des PR Dessau-Roßlau, die Kollegen und Kolleginnen darin zu stärken, mehr mit- als übereinander zu reden. Damit würden auch viele Differenzen in den eigenen Reihen geklärt werden.

Wir als GdP-Mitglieder werden wie bisher, vertrauensvoll, offen und ehrlich den Umgang mit den Bediensteten des Polizeireviere Dessau-Roßlau und auch der dienstlichen Leitung pflegen.

Polizeirevier Wittenberg, sieben Mitglieder, Gruppe der Beamten: Michael Hoffmann, Cathleen Mittag, Ehrenfried Schulze, Lutz Schäfer, Hans-Dieter Koch, Jürgen Meißner, Karsten Wehner, René Walther.

Gruppe der Arbeitnehmer: Bärbel Kreuzmann.

Welche Ziele stellen wir uns?

Der neue Personalrat will die Zusammenarbeit mit der dienstlichen Leitung und den Beschäftigten des Reviers, den beiden Revierkommissariaten und den fünf Revierstationen optimieren. Dazu muss die Kommunikation zwischen den beiden Partnern verbessert werden. Dies dient, einem weiteren Zusammenwachsen der einzelnen Dienststellen.

Fortsetzung auf Seite 12

Ein erfahrenes Team im Harz



Unsere Kandidaten für die Wahlen zum Örtlichen Personalrat im PRev Harz. Ein erfahrenes Team, kompetent, kritisch und konstruktiv für die Durchsetzung der Belange unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Unsere Kandidaten (v. l. n. r.):

Helmut Müller, Michael Wiegert, Reiner Papendieck, Christiane Döhlert, Gernold Fähsing, Hans-Jürgen Berens, Torsten Mühe, Marco Kröger-Bassy, Marko Schnabel, Torsten Mautner, Anke Günther

Nicht auf dem Bild sind die Koll. Roberto Reiche, Christian Weißel und Frank Dittrich.



**INFO DREI**

Wie ist die Lage im Tarifbereich . . .

. . . in Sachsen-Anhalt?

Nach fünf langen und schwierigen Verhandlungsrunden und einer von den Gewerkschaften abgelehnten Schlichterempfehlung kam es nun doch in der sechsten Verhandlungsrunde vom 29. bis 31. März 2008 zu einem Tarifabschluss für die Beschäftigten des Bundes und der Kommunen.

Dieses Tarifergebnis hat eine Signalwirkung und ist somit nicht zu unterschätzen.

Es ist richtungweisend für die im nächsten Jahr beginnenden Tarifverhandlungen in den Ländern. Zudem gilt es, das Tarifergebnis in „Grundzügen“ auf die Beamten zu übertragen. Dazu gab es bereits ein Signal des Bundesinnenministers bei den Tarifgesprächen.

Für den Landesbezirk der GdP Sachsen-Anhalt steht künftig auch der Umgang mit dem Tarifvertrag zur sozialen Absicherung zur Vermeidung betriebsbedingter Kündigungen für den Zeitraum 1. Januar 2007 bis 31. Dezember 2009 (TV LSA 2007) auf der Tagesordnung. Dieser Tarifvertrag könnte bereits mit einer Frist von einem Monat zum 30. Juni 2008 gekündigt werden. Die eigentliche Laufzeit endet zum 31. Dezember 2009.

Es gab dazu kürzlich ein Gespräch zwischen den Gewerkschaften ver.di, GEW und GdP. ver.di vertritt die Auffassung, diesen Vertrag nicht zum 30. Juni 2008 zu kündigen. Gleichermaßen hat dies auch die Landesregierung signalisiert.

Für die Beschäftigten der Landespolizei bedeutet dieser Tarifvertrag ein Stück Sicherheit für ihren Arbeitsplatz, auch wenn sie deshalb aufgrund der Arbeitszeitabsenkung finanzielle Einbußen hinnehmen müssen. Zudem sind die finanziellen Einbußen durch Entgelterhöhungen aufgrund der Ost-West-Angleichung der Entgeltgruppen 1 bis 9 und der zu erwartenden linearen Erhöhung zum 1. Juni 2008 von 2,8 Prozent eher zu verkraften.

Deshalb sind wir der Auffassung, diesen Tarifvertrag nicht vorfristig zu kündigen.

Anke Günther

. . . in Thüringen?

Die Tarifentwicklung allgemein ist in Thüringen eng mit der Entwicklung in den anderen jungen Bundesländern verbunden. Besonderheiten ergeben sich jedoch aus dem Aufbau und der Entwicklung der Thüringer Polizei, die den GdP-Landesvorstand und die Tarifkommission immer wieder zu Gesprächen mit dem Innenministerium veranlasst hat, ohne dass sich bisher wirklich etwas verändert hätte.

Höherwertige Stellen für Tarifbeschäftigte gibt es in der Thüringer Polizei nur für Spezialisten im Landeskriminalamt, beim Polizeimusikkorps, im früheren Angestelltenbereich und in den Werkstätten für den früheren Arbeiterbereich. Die Masse der Tarifbeschäftigten der Thüringer Polizei ist in den Entgeltgruppen E 3 und E 5 angesiedelt. Diese Vergütung resultiert im Wesentlichen noch aus der Zeit der Gründung der Thüringer Polizei. Damals wurden viele Kolleginnen im Angestelltenbereich als Schreibkräfte eingruppiert oder zunächst mit Tätigkeiten als Büroangestellte beauftragt, in deren Ergebnis Grundeinheiten in den Vergütungsgruppen IX b und VIII bzw. IX b bis VII bei den Schreibkräften zustande kamen.

Inzwischen haben sich zwar die Arbeitsinhalte der Angestellten überwiegend wesentlich verändert, Tätigkeitsdarstellungen und Eingruppierungen wurden aber nur unzureichend fortgeschrieben. Gespräche zur Übertragung höherwertiger Tätigkeiten sind bisher erfolglos geblieben.

Bei den Arbeitern gab es zunächst auch höherwertige Tätigkeiten, meist aufgrund handwerklicher Berufe. 2001 musste der Arbeiterbereich komplett umstrukturiert werden. Seitdem gibt es fast nur noch Logistikarbeiter und Wagenpfleger in der Thüringer Polizei, die nicht höher als E 3 eingruppiert werden können. Die GdP fordert, auch für die Tarifbeschäftigten Möglichkeiten für eine bessere Bezahlung, berufliche Entwicklung und Förderung zu schaffen.

Edgar Große

. . . in Sachsen?

Nachdem im Jahre 2005 die Neuorganisation der Polizei in Sachsen in Kraft trat, die Mittelbehörden – also die Polizeipräsidien abgeschafft und Direktionen zusammengelegt wurden – steht jetzt die Bildung der so genannten Basisdienststellen an. Mehrere Reviere sollen zu Großrevieren zusammengelegt werden. In Kürze sollen die Feinkonzepte mit den Gewerkschaften besprochen werden.

Anders als im Beamtenbereich, wo maximal eine amtsangemessene Verwendung in einem anderen Bereich an einem anderen Ort erfolgen kann, sieht das Tarif- und Arbeitsrecht keinen so umfassenden Bestandsschutz vor. Eine Aussage der Polizeiführung ist in diesem Zusammenhang besonders wichtig – keine betriebsbedingten Kündigungen.

Bedenken des Tarifpersonals bestehen auch, was den Erhalt der Eingruppierungen angeht. Hier müssen Dienststellen und Personalräte gemeinsam nach Möglichkeiten suchen, damit Tarifbeschäftigte künftig nicht schlechter gestellt werden. Erschwerend kommen jetzt noch die neuen Regelungen des TV-L hinzu, wonach Bewährungsaufstiege aus anderen Tätigkeiten nicht mehr für die Übertragung von neuen Tätigkeiten herangezogen werden können – also wieder ein großes Stück Arbeit für GdP-Personalräte.

Ähnliche Ängste wie 2005 bestehen auch jetzt wieder bei der Neustrukturierung der Polizeireviere.

Bewährt haben sich damals in diesem Zusammenhang die angebotenen Gespräche der GdP in den Bereichen zu Grundlagen aus dem Arbeits- und Tarifrecht und zum Kündigungsschutz. Unterstützt haben wir diesen Prozess noch mit einem Seminar „Umgang mit persönlichen und beruflichen Veränderungen“. Die gemachten Erfahrungen aus der Neuorganisation 2005 können wir jetzt wieder anwenden. Auf alle Fälle dürfen die Beschäftigten mit ihren Sorgen und Ängsten nicht allein bleiben. Die GdP wird auch diesen Prozess der Veränderung begleiten.

Brigitte Kühnert



EIGENSICHERUNG

Mehr Sicherheit durch personengebundene Schutzwesten (Teil II)

Fortsetzung aus „Deutsche Polizei“, Landesteil Sachsen-Anhalt 4/2008.

Die Spezifika der einzelnen Westen wurden erläutert, die Westen wurden vorgestellt und von den Mitgliedern der Kommission begutachtet. Einvernehmlich wurde dann der Zuschlag an den aus Sicht der Zuschlagskommission besten Anbieter erteilt. Eine Diskussion, der Dienstherr habe hier mal wieder das preiswerteste aber nicht das beste und damit sicherste beschafft, ist inkompetent und unsachlich.

Trageweise der UZSW

Nun noch einige Hinweise zum Tragen dieser Unterziehschutzwesten.

Wie der Name es bereits beschreibt, dient diese Schutzweste der so genannten verdeckten Trageweise und wurde ursprünglich auch dafür konzipiert. Die ebenfalls genutzte Überziehschutzweste, die gegenüber der UZSW aufgrund ihrer Größe und Kompaktheit einen höheren Schutz bietet, ist für das Tragen über einen längeren Zeitraum und somit als personengebundene Weste ungeeignet.

Die Unterziehschutzwesten sind so aufgebaut, zugeschnitten und verarbeitet, dass sie unter dem Uniformhemd, dem Pullover oder anderen Bekleidungsstücken getragen werden. Ich mache darauf aufmerksam, dass zum Beispiel Kugelschreiber, Geldstücke unter Umständen auch Knöpfe, wenn sie sich unter der Weste befinden, eine zusätzliche Gefahr bilden. Beim Auftreffen eines Geschosses auf das ballistische Paket wird es abgebremst und im Idealfall auch aufgehalten. Trifft es auf einen harten Gegenstand, der sich unter der Weste befindet, kann dieser Gegenstand zum Geschoss werden, in den Körper eindringen und sogar tödlich verletzen. Eine ordnungsgemäße Trageweise der Weste muss Grundvoraussetzung bei der täglichen Dienstdurchführung sein.

Zu bereits schon privat beschafften Westen folgender Hinweis: Sollten diese leichter oder bequemer sein, als die vom Land beschafften, entsprechen sie wohl möglicherweise nicht der geforderten TR.



Innenminister Hövelmann überreichte am 28. Januar 2008 die ersten personengebundenen Schutzwesten.

Abschließend sei bemerkt dass die gelieferte UZSW zusätzlich zum ballistischen Schutz auch einen Stichschutz besitzt, der separat herausnehmbar ist.

Ich wünsche allen Kolleginnen und Kollegen, die mit einer Weste ausgestattet werden, dass sie die Weste nach 13 Jahren wieder so unbeschossen beim TPA abgeben können, wie sie sie in den nächsten zwei Jahren dort empfangen werden.

Jan Steuer

DANKE

Allen, die meinem lieben Mann, Vater, Bruder, Opa, Onkel, Cousin, Kollege, Freund und Weggefährten

Günter Trost

3. 5. 1938 – 1. 2. 2008

auf dem letzten Weg die Ehre erwiesen, sich gemeinsam mit uns in tiefer Trauer verneigten und uns durch Blumen, Karten oder einem stillen Händedruck ihr Mitgefühl ausdrückten. Besonderen Dank seinen ehemaligen Kollegen, den Vertretern der Gewerkschaft, der Stadt Halle und den Organisationen und Vereinen.

In stiller Trauer
Lotte Trost und Familie
Halle, Berlin, Gera

LESERBRIEF

Denkzettel statt Denkmal

Wie weiter beim § 14a BeamtVG ?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit Entsetzen las ich den Beitrag von Herrn RA Schröder über den jetzigen Stand der ausstehenden Ruhegehaltszahlungen für die Pensionäre. Es ist eine Schande, was sich ein Herr Finanzminister Bullerjahn (SPD) sowie einige Herren im Finanzministerium des Landes gegenüber den in den Ruhestand getretenen Polizeibeamten erlauben. Sie setzen sich über das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes aus dem Jahr 2005 hinweg.

Ich glaube, dass es bei der Erhöhung ihrer Diäten und Gehälter schneller geht. Ein Denkmal bekommt Herr Bullerjahn im Land für seine Finanzpolitik nicht, höchstens einen Denkzettel, denn die Pensionäre sind auch Wähler.

Ich glaube, dass die SPD durch solche abwartende und schädigende Finanzpolitik bei der Wahl 2009 keine Wählerstimmen gewinnt, weil sie sich von ihren Zielen als Volkspartei immer weiter entfernt.

Wir Pensionäre können die Arbeit unserer Gewerkschaft nur loben, und hoffen auf einen weiteren konsequenten Kurs bei der Umsetzung des Urteils des Bundesverwaltungsgerichtes.

Mit freundlichen Grüßen
Dietmar Siegmund

NACHRUF

Es ist unsere traurige Pflicht mitzuteilen, dass unsere Kollegin

Tamara Wekwert

am 24. März 2008 im Alter von 43 Jahren nach langer schwerer Krankheit, immer auf Genesung hoffend, verstorben ist.

Wir werden ihrer in Ehren gedenken.

GdP-Bezirksgruppe Süd
Lothar Faßhauer
Vorsitzender

GdP-Kreisgruppe
Mansfeld Südharz
Dagmar Gebhardt
Vorsitzende



PERSONALRATSWAHLEN 2008

Fortsetzung von Seite 9

Polizeirevier BAB / SVÜ Dessau-Rosslau; fünf Mitglieder, Gruppe der Beamten: Ulrich Böttcher, Peter-Alexander Willig, Manfred Richter, Peter Kießler, Gerhard Goßmann, Thomas Arndt, Bernd Gerbatsch, Bernd Dudka, Gruppe der Arbeitnehmer: Marion Hoffmann.

Welche Ziele stellen wir uns?

Die Verbesserung der Kommunikation zwischen Dienststellenleitung und dem ÖPR, im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit sowie Mitbestimmung bei der Ausgestaltung und der weiteren Umsetzung der Polizeistrukturereform. Erhöhung der Mitarbeiterzufriedenheit durch die Einbeziehung aller Beschäftigten in Planungsfragen, insbesondere der Personaleinsatzplanung bei Gestellung von geschlossenen Einheiten der LEO.

Fazit der Bezirksgruppe SAO

Sinkende Personalzahlen und ein stetig wachsender Altersdurchschnitt stellen zukünftig hohe Anforderungen an die Personaleinsatzplanungen in den Polizeidienststellen. Der Stellenwert dieser Aufgabe muss sich in jeder dienstlichen Entscheidung widerspiegeln. Die Erfüllung von vereinbarten Behördenzielen hängt im wesentlichen Maße davon ab. Gemeinsame Festlegung der Prioritäten in Absprache mit den Personalräten, erhöht die Akzeptanz bei allen Beschäftigten, senkt die Ausfallzeiten, insbesondere die Krankschreibungsquote und trägt zu einer Identifizierung mit der Polizeidienststelle bei. Das Verlassen von altergebrachten „unbrauchbaren eingefahrenen Gleisen“, von alten Denkmoldellen und die Einführung neuer Füh-

rungsstile ist keine leichte Aufgabe, aber sie ist unumgänglich, mit Blick auf 2010.

Die Kandidaten der Gewerkschaft der Polizei in der Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Ost wollen sich diesen Aufgaben stellen – deshalb wählt die Liste der GdP!

Volker Kaatz, stellv. Vorsitzender der Bezirksgruppe Sachsen-Anhalt Ost

BERICHTIGUNG

Leider hat sich in dem Bericht über die letzte Sitzung des GdP-Landesvorstandes auf Seite 1 der Aprilausgabe ein Fehler eingeschlichen. Selbstverständlich war § 46 des Bundesbesoldungsgesetzes (BBesG) nur bis zum 1. August 2007 und nicht bis zum 1. August 2008 gültig.

Die Landesredaktion

